

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 35 (1994)
Heft: 11

Artikel: Die Opposition unterstützt Karadžić
Autor: Matijević, Ljubomir
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092899>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ljubomir Matić zur Ablehnung des jüngsten Friedensplans

Die Opposition unterstützt Karadžić

Die Ablehnung des Plans der internationalen Kontaktgruppe zur Lösung des Konflikts in Bosnien-Herzegowina durch die bosnischen Serben stellt Serbien und Montenegro vor neue Probleme. Und für Slobodan Milošević bedeutet sie eine Niederlage. Der Bericht wurde übrigens noch vor dem Besuch des russischen Verteidigungsministers Gratschow in Belgrad geschrieben, auf den einige Hoffnungen gesetzt wurden. Doch die Antwort der Serben blieb dieselbe.

Die Interpretation aus den Reihen der Sozialistischen Partei Serbiens, das «Parlament» in Pale habe «im Grunde positiv geantwortet», ist lediglich der Versuch, die Blamage wenigstens teilweise zu relativieren; denn die Antwort ist weit entfernt von dem, was Milošević zuvor in Unterredungen von Serbenführer Karadžić gefordert hatte. Offenbar hörte dieser mehr auf die serbischen Oppositionsparteien.

Militanter Nationalismus im Aufwind

Laut zuverlässigen Informationen hat der Vorsitzende der Demokratischen Partei, Zoran Djindjić, kurz vor den Beratungen in Pale Karadžić die Bedingungen suggeriert, die der internationalen Kontaktgruppe zu stellen wären. Diese fanden sich dann tatsächlich auch im Text der Erklärung wieder, die Karadžić nach Genf mitbrachte. Dazu gehörten u. a. das Bestehen auf der Möglichkeit eines Anschlusses der bosnischen Serben an «Restjugoslawien», die Forderung nach einem Zugang zur Adria; ferner wurden als Gegenleistung zu serbischen Konzessionen die Rücknahme einiger Sanktionen gegen Serbien und Montenegro, «Begradigung» des serbischen Korridors in Nordbosnien sowie die Überwachung serbischer Teile in Sarajewo durch serbische Zivilpersonen gefordert.

Djindjićs Überlegungen sind einfach. Seine Sympathie für Karadžić zeigte sich nämlich bereits letztes Jahr, und seine Demokratische Partei wechselte von einer milden Variante des Nationalismus zu einem harten Kurs, was seiner Meinung nach ermöglicht hat, bei den Wah-

len im Dezember immerhin 29 Sitze im serbischen Parlament zu erlangen.

Auftauchen Cosićs zur rechten Zeit

Hier muss aber noch eine Tatsache berücksichtigt werden: der Einfluss von Dobrica Cosić. Er war im Zweiten Weltkrieg Kriegspolitikkommissär der Partisanen, danach Schriftsteller, serbischer Nationalist und schliesslich der erste Präsident von Bundesjugoslawien nach der Sezession der Teilrepubliken Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien. Später wurde er auf Betreiben der Radikalen und mit Unterstützung der Sozialisten im Parlament abgesetzt.

Mit Beinamen wie «serbischer Tolstoj» und «Vater der Nation» bekränzt, zog sich Cosić in aller Stille zurück, um dann kurz vor Bekanntwerden des Vorschlags der internationalen Kontaktgruppe wieder in der Öffentlichkeit zu erscheinen — mit einem harten Nationalismus. Cosić rechtfertigte nicht nur den Krieg in Bosnien (er verurteilte nicht einmal die Kriegsverbrechen, die dort von allen Seiten begangen werden), sondern attackierte auch jene, die sich um eine friedliche Lösung des Konflikts bemühen. Für Cosić sind die «Friedensstifter» eine «ihren Kräften nach bescheidene Gruppe», welche «allgemein redend und kritiklos Amerika und die Europäische Union in deren antiserbischer Politik unterstützt». Gerüchteweise sollen Cosić und Djindjić Anfang Juli eine gemeinsame Sitzung mit dem bosnischen Serbenführer Radovan Karadžić und dem Präsidenten des serbischen Parlaments in Pale, Momcilio Krajišnik, abgehalten haben.

Wie zu erwarten war, haben Šešeljs radikale Karadžić kriegerische Unterstützung angeboten, und dem haben auch Vojislav Kostunica und seine Demokratische Partei Serbiens mit scharfen Worten gegen den vorgelegten Friedensplan zugestimmt, den diese Parteien als «ein arglistiges internationales Spiel, das den serbischen Sieg in eine Niederlage verwandeln soll» sehen. Cosićs Lieblingspruch ist denn auch, dass die Serben den Krieg gewinnen, den Frieden aber verlieren.

Laut zuverlässigen Informationen hat der Vorsitzende der Demokratischen Partei, Zoran Djindjić, Karadžić die Bedingungen suggeriert, die der internationalen Kontaktgruppe zu stellen wären.

Unterstützung Karadžićs durch die Kirche

Dieser Seite der Opposition — Ausnahmen sind hier lediglich Vuk Drašković und der traditionell gegen den Krieg eingestellte Bürgerbund — hat sich diesmal auch die serbische orthodoxe Kirche angeschlossen. Dies mit der Überlegung, so die unabhängige Belgrader Tageszeitung «Borba» vom 18. Juli 1994, «dass in der Entscheidung über Krieg oder Frieden der wahre Augenblick liegt, um sich des sozialistischen Regimes in Belgrad zu entledigen». Das, was ihr in Serbien selbst nicht gelang, versucht sie nun durch Karadžić zu erreichen, nämlich die Macht von Präsident Milošević zu schwächen.

Die gleichen Motive vermutet die Zeitung auch bei den Oppositionsparteien: «Man gewinnt den Eindruck, dass ein Teil der serbischen Opposition in ihrer Ohnmacht, in den einheimischen Gefühlen, in Serbien selbst, das Kräfteverhältnis zu ändern und den Kampf gegen die Sozialisten zu gewinnen, ihren vielleicht letzten Trumpf aus der Hand gibt.» «Borba» rechnet dabei mit folgendem Szenarium: Die Ablehnung des Planes der internationalen Kontaktgruppe soll auch in Serbien zu einer maximalen Spannung führen, weshalb die Sozialisten, um im Sattel zu bleiben, gegenüber der Opposition erhebliche Konzessionen machen müssten.

Zum Schluss aber meinte «Borba»: «Ein solches Kalkül könnte fehlschlagen — die extreme Opposition könnte sich als Bumerang erweisen, denn eine schärfere Polarisierung der politischen Kräfte in Serbien könnte eine zusätzliche Aktivierung von Miloševićs Staats- und politischem Repressionsapparat bedeuten.» Beizufügen wäre, dass ungewiss ist, wie weit sich das Volk einem weiteren Druck entgegensetzen würde, da dieser auf jene gezielt ist, die für eine Fortsetzung des Krieges sind. Und von diesem Druck haben die Menschen genug.

Deshalb haben vermutlich jene recht, die daran zweifeln, dass die national gesinnte Opposition ihren Stimmenanteil durch einen harten nationalistischen Kurs werde verbessern können. Dies um so mehr, so «Borba», «da die Entschlossenheit Miloševićs und der Sozialisten,

«Die Friedensstifter sind eine ihren Kräften nach bescheidene Gruppe, die kritiklos Amerika und die Europäische Union in deren antiserbischer Politik unterstützt.» (Dobrica Cosić)

den Krieg zu beenden sowie die Aufhebung der Sanktionen und der internationalen Isolation zu erwirken, unvergleichlich stärker und besser organisiert ist» als noch vor einem Jahr.

Mit eigenen Argumenten geschlagen

Im übrigen steht Milošević heute auf festerem Boden als damals, weil der Plan der Kontaktgruppe für die Serben günstiger ist als damals der Vance-Owen-Plan zur ethnischen Teilung von Bosnien-Herzegowina. Zudem bietet der Plan nichts weniger als der Cullierio-Plan, den Karadžić noch zu Beginn des Konflikts vor über zwei Jahren in Lissabon selbst unterzeichnet hatte. Dies bestätigt auch die Einschätzung des früheren Rektors der Universität von Sarajevo, Nenad Kecmanović, eines der hervorragendsten Vertreter der bosnischen Serben, der sich bei Kriegsausbruch nach Belgrad zurückgezogen hatte und von dem in politischen Kreisen vermutet wird, dass er Karadžić im Amt ablösen könnte.

Er meinte: «Wenn man den Vorschlag der Kontaktgruppe aus der Sicht der seinerzeitigen serbischen Forderungen bei Kriegsausbruch betrachtet, so kann doch nicht behauptet werden, dass er für die Serben beleidigend und erniedrigend sei. Eine Verfassungsbestimmung sieht vor, dass die Serbische Republik in einer Union Bosniens und Herzegowinas als gleichberechtigter Partner der muslimisch-kroatischen Föderation gilt und ein Maximum an Unabhängigkeit erhält. Vorgesehen ist auch die räumliche Abgrenzung der drei Völker, die die serbischen Gebiete vor einer Expansion der muslimischen Einwohner schützt. Vorgeschlagen wird schliesslich eine konföderale Verbindung mit Serbien und Montenegro analog derjenigen der muslimisch-kroatischen mit Kroatien, was den Wunsch der Serben in Bosnien und Herzegowina befriedigt, in Jugoslawien verbleiben zu wollen... Etliche heben hervor, dass (Kecmanović veröffentlichte seine Stellungnahme noch vor der Tagung des Parlaments in Pale, die diesen Einwand auch prompt in ihrer Erklärung geltend machte) diese Verfassungsbestimmungen nicht ausdrücklich im Plan der Kontaktgruppe enthalten sind. Dann bleibt aber diese Frage offen und gäbe erst nachträglich Raum für die Rückweisung des ganzen Projekts.»

Dies stimmt ziemlich genau überein mit Miloševićs Erklärung, als dieser von Karadžić die grundsätzliche Annahme des Projekts forderte mit der Option, danach über einzelne strittige Fragen weiter zu verhandeln. Nebenbei sei erwähnt, dass laut einigen Zeitungen, die sich auf Quellen aus der unmittelbaren Umgebung von Milošević berufen, Milo-

Der Plan bietet nichts weniger als der Cullierio-Plan, den Karadžić noch zu Beginn des Konflikts vor über zwei Jahren in Lissabon selbst unterzeichnet hatte.

Heute glaubt keiner keinem mehr, und alle fürchten die Möglichkeit, nach den Grenzbeziehungen auf «fremdem Boden» zu stehen.

Die Befragten unterstützen zwar die Forderungen der bosnischen Serben, sie sind aber nicht bereit, dafür auch zu kämpfen.

šević damals Karadžić mit der «Sperrung der Drina-Grenze, Einstellung jeder Hilfe, auch der Lebensmittelhilfe» und mit dem Einsatz aller Kräfte für dessen Absetzung gedroht hatte. Dies wurde durch eine Bemerkung von Kecmanović insofern bestätigt, als dieser erklärte, Milošević habe gegenüber «dem ersten Mann der Serbischen Republik sehr deutliche Warnungen ausgesprochen».

Völkervertreibung oder noch mehr Krieg

Ohne Zweifel fällt es Karadžić schwer, Milošević zu folgen. Mit Bodenprozenten und Landkarten zu wüfeln ist nicht wie das Spielen im Casino (wo Karadžić übrigens gerne zu Gast ist, hört man); denn es leben Menschen in diesen Gebieten, deren Forderungen nicht einfach übergangen werden können. Das gilt aber auch für die andere Seite. Indem die drei Völker gegeneinander aufgehetzt wurden, brachten es die Führer der drei Seiten zustande, dass heute keiner keinem mehr glaubt, und alle die Möglichkeit fürchten, nach den Grenzbeziehungen auf «fremdem Boden» zu stehen.

UNO-Vertreter haben deshalb prognostiziert, dass es nach einer Zustimmung zum Plan der Kontaktgruppe entweder zu einer ungeheuren Völkerbewegung oder zum Widerstand gegen Gebietsübergaben kommen werde. Wie zutreffend diese Einschätzung sein könnte, bestätigte der serbische Präsident der Gemeinde Lukavac in Zentralbosnien, die an die Muslime abgetreten werden soll: «Wir sind eher bereit, die Landkarten zurückzuweisen und einen langwierigen Krieg hinzunehmen, als die serbischen Territorien zu opfern. Eine Entscheidung wäre einfacher, wenn es eine menschenleere Wüste wäre, die zur Vergabe anstünde. Aber wie können wir das Volk vergeben?!» Er habe dies auch Karadžić erklärt, und dieser habe gegen das Abtreten serbischer Gebiete gestimmt wegen des Volkes, das entweder zur Ausrottung oder zur Flucht verurteilt würde. Die jüngsten bekannten Beispiele mögen solche Befürchtungen bestätigen: Das Morden und Vertreiben der Muslime in Mostar durch kroatische Extremisten setzt sich auch heute fort, trotz der Vereinbarungen über eine gemeinsame Föderation.

Deswegen hatte Karadžić zu wählen zwischen einem Bruch mit den bosnischen Serben und einem Bruch mit dem offiziellen Serbien und der ganzen Welt, in der Hoffnung, dass es die Welt «doch nicht so ernst meint». Dass ihn nun die national gesinnte Opposition in Serbien und die serbische orthodoxe Kirche unterstützen, ist wohl nur ein schwacher Trost, da weder diese Opposition noch die Kirche über genügend Kraft verfü-

gen, sich selbst einen einflussreicheren Platz im politischen Leben Serbiens zu sichern.

Aufschlussreiche Meinungsumfrage

Indessen muss aber auch Milošević den Faktoren Rechnung tragen, die seinen Einfluss auf die Ereignisse in Bosnien hemmen. Entschlossen, den Krieg zu beenden, kann er wohl das oppositionelle und kirchliche Getöse ignorieren, zumal man in Serbien immer kriegsmüder wird. Die Sozialisten schreiben sogar den Erfolg sich selbst zu, dass gerade ihre Politik den Krieg von Serbien selbst fernhielt. In Serbien ist aber immerhin die Meinung noch stark vertreten, dass den Serben in Bosnien-Herzegowina und in Kroatien Unterstützung geleistet werden müsse. Das kann selbst Milošević nicht überhören, und das schon aus dem Grunde, weil «der Schutz serbischer Interessen immer und überall» ein wesentliches Postulat seiner eigenen Politik ist.

Die Einstellung der serbischen Bevölkerung machte eine Umfrage der Zweiwöchenschrift «Svet» («Welt») aus Novi Sad deutlich. Auf die Frage «Welche Seite würden Sie in einem Konflikt zwischen Milošević und Karadžić unterstützen?» sprachen sich 32 % für Milošević und 19 % für Karadžić aus, 21 % würden keinen der beiden unterstützen, und 28 % hatten keine Meinung. Schon die Antwort auf die folgende Frage mag Bedenken wecken. Auf die Frage «Befürworten Sie den Plan zur 49-zu-51-%-Teilung Bosnien-Herzegowinas?» (49 % für die Serben und 51 % für die muslimisch-kroatische Föderation) waren 47 % der Befragten dagegen, 17 % waren nur bedingt dafür, 26 % befürworteten den Plan bedingungslos, und 10 % hatten keine Meinung. Ungewissheit löst das Ergebnis auf die dritte Frage «Würden Sie sich, falls nötig, als Freiwillige im bosnischen Krieg melden?» aus. 46 % erklärten, sie wüssten es nicht, 19 % würden sich nicht melden, 12 % wollten darauf nicht antworten, und 23 % bejahten die Frage.

Daraus kann gefolgert werden, dass die Befragten zwar die Forderungen der bosnischen Serben unterstützen, dass sie aber nicht bereit sind, dafür auch zu kämpfen, beziehungsweise sie machen sich darüber nicht einmal Gedanken. Und aus diesem Grunde steht ihnen Milošević näher, der eher eine Lösung in Verhandlungen sucht, als Karadžić, der auf Krieg setzt. Unter diesen Umständen hat der Druck auf Milošević nur beschränkte Wirkung, während Milošević selbst auch zur Geisel des Serbenführers jenseits der Drina wurde. ■